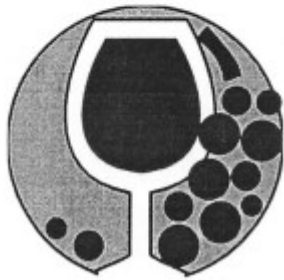


Christa Lohmann



25 Jahre GGG in Schleswig-Holstein

Eine Nachlese

Kiel

September 98

25 Jahre GGG in Schleswig-Holstein

Eine Nachlese

Nachlese hält man, wenn nichts Wertvolles verloren gehen darf. So wird in den Weinbergen nachgelesen, um jede edle Traube zu ernten.

Auch ich habe nachgelesen, nämlich in den Info-Heftchen und Protokollen aus 25 Jahren GGG-Arbeit in Schleswig-Holstein und dabei viel Kostbares und Köstliches wiederentdeckt. Zugegeben, ich habe nicht nur edle rote und grüne Trauben gefunden, da waren auch saure dazwischen und angefaulte, aber nur wenige, und diese wenigen habe ich meistens beiseite gelassen.

Mögen sich die Leserinnen und Leser nun ihren eigenen Wein daraus keltern. Ich wünsche: Wohl bekomm's!

Es ist nicht ganz einfach, aus dem Informationsangebot das herauszusuchen, was die GGG der letzten 25 Jahre in Schleswig-Holstein ausmacht; denn die Bundes- wie Landesgeschichte der GGG steht immer im Fadenkreuz zwischen der jeweiligen Bildungspolitik, mit der sie sich auseinandersetzt, und der Entwicklung der Gesamtschulen, die sie unterstützt. Ihr Eigenleben ist Selbsterhalt, um diesen Aufgaben gerecht werden zu können.

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) wurde 1968 auf Bundesebene gegründet - als weitsichtige Konsequenz aus der Erkenntnis, dass die Gesamtschulen, deren erste gerade in Berlin eingerichtet waren, eine eigene Interessenvertretung brauchten, weil keine andere der bestehenden Bildungs- und Lehrerorganisationen sich konsequent und vehement genug für die neue Schulform einsetzen würde. Wie wahr! Es ging also um den Zusammenschluss aller an Gesamtschule Interessierten, an ihr Beteiligten und von ihr Betroffenen: Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler, politisch und wissenschaftlich Tätigen, Hausmeistern und anderen Förderern.

Ihre selbstgesteckten Ziele umfassten die Information und Versachlichung der Diskussion über die Gesamtschule, langfristig deren bildungspolitische Durchsetzung als entscheidenden Beitrag zu mehr sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit sowie mehr Selbst- und Mitbestimmung in der Gesellschaft.

Nachdem die Gesamtschulen zum bundesweiten Modellversuch geworden waren, wurden GGG-Landesverbände gegründet, in NRW sogar Stadtverbände. Im Hauptausschuss (HA) zusammengefasst, stellten sie das Gegenüber zum Bundesvorstand (BV) dar.

Jahrgang 1973

Im ersten mir zugänglichen Länderbericht Schleswig-Holstein 1973/74 ist nachzulesen:

„Der Landesverband Schleswig-Holstein wurde am 30. Januar 1973 gegründet. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 80. Etwa ein Viertel der Mitglieder sind Eltern.

Korporative Mitglieder sind Stadt Elmshorn, Kiel, Lübeck, Neumünster. Am 25.

März 1974 wurde der Vorstand des LV neu gewählt. Ihm gehören an:

1. Vorsitzender: Dr. Joachim Lohmann, Kiel

2. Vorsitzender: Bernhard Brackhahn, Neumünster-Brachenfeld ..."

Der LV Schleswig-Holstein bewies im HA jahrelang die Qualität des Nordlichtes: hell, klar und zuverlässig. „Ein Vertreter der GGG Schleswig-Holstein“, so steht es im Info 1/75, „stellte kurz vor Ende der Mitgliederversammlung (Bundeskongress 1975 in Wetzlar) fest, dass der Landesverband - obwohl er den längsten Anfahrtsweg habe - noch geschlossen anwesend sei.“

Abgesehen von den Standardaufgaben jedes Landesverbandes, die von den Bundesaufgaben abgeleitet waren, lag der Schwerpunkt regional in der Unterstützung der Gesamtschulen vor Ort und in der Auseinandersetzung mit Gesetzgeber, Kultusverwaltung und Schulträgern. Dadurch waren die drängenden Tagesprobleme der Schulen immer auch Thema der GGG. Das ganz besondere Gepräge aber erfuhr der Landesverband durch seine Vorsitzenden, deren Namen für ihre Programme standen - immer in Abstimmung und Arbeitsteilung mit dem jeweiligen Vorstand.

Joachim Lohmann war auf Landes- wie auch später auf Bundesebene der bildungspolitische Stratege, der offensiv und mit Kampfgeist die Auseinandersetzung mit dem Gegner, seinerzeit Kultusminister Braun, suchte und Forderungen sowie Perspektiven für die Gesamtschule als der Schule der Zukunft immer wieder neu und beharrlich zu Gehör und Papier brachte. Schon zu seiner Zeit fing es mit den üblen Machenschaften und Unterstellungen an, die uns jahrelang beschäftigt haben: Auf einer VDR-Veranstaltung vom 10. September 1975, zu der alle Realschullehrkräfte, die teilnehmen wollten, Dienstbefreiung erhielten, stellte Prof. Schlee, seinerzeit Ministerialrat im KM, unter dem Thema „Schule zwischen Emanzipation und Indoktrination“ Materialien vor, die in ihrer Tendenz suggerieren sollten: „Gesamtschule = Indoktrination, = sexuelle Freizügigkeit, = Klassenkampf, = programmierte Dekultivierung“ (Info 3/75, S. 17).

Landes- wie Bundes-GGG konterten mit Informationen wie der Rösner-Broschüre „Gesamtschule - Was ist das eigentlich?“, eine sachliche Aufklärung über das neue Schulsystem und ein jahrelanger Renner, den der Philologenverband seinerzeit als klassenkämpferisch und hetzerisch brandmarkte. Erwartungsgemäß lief es mit der 2. Offensive, der Veröffentlichung der „Gesamtschulargumente“, nicht besser.

Joachim Lohmann hat für die Arbeit des LV mit dem Aufbau der Elternarbeit einen Akzent gesetzt, der für den Verband bis heute ein Markenzeichen geblieben ist. Seine Begründung damals lag in der Unabhängigkeit der Elternschaft im Unterschied

zu den beamteten Lehrkräften und darin, dass sich die CDU-Regierung mindestens den Anschein gab, prinzipiell elternfreundlich zu sein. Zweifellos bedurfte es zur Durchsetzung politischer Ziele der Solidarität aller Betroffenen. So sind von 1973 an vom LV der GGG in Schleswig-Holstein regelmäßig Elternseminare durchgeführt worden, z.T. mehrere in einem Jahr, die von und mit Lehrkräften gestaltet wurden, die Eltern für Eltern selbst durchführten und die ihr Themenspektrum stetig erweiterten. Waren es anfangs Info- und Aufklärungsseminare, Fragen der Elternbeteiligung, ihrer Rechte und Pflichten, so klinkten sie sich später in die schulischen Fragen von Ganztagschule und Freizeit, Betreuung im Unterricht, Förderung der Gesundheitserziehung u.v.a. ein.

Es war auch der LV Schleswig-Holstein, der auf der MV 1977 eine Satzungsergänzung beschloss, nach der immer ein Mitglied im Vorstand Elternvertreter sein sollte. Als Fernziel schwebte uns schon damals die Bildung eines Landeselternrates für Gesamtschulen vor.

Die Elternarbeit in unserem LV führte sehr früh zu einer institutionalisierten Zusammenarbeit bestehender Elterninitiativgruppen und der beiden Elternbeiräte der Integrierten Gesamtschule Neumünster (IGN) und der Integrierten Gesamtschule Kiel-Friedrichsort (IGF). Diesen Aktivitäten hier und in den anderen Ländern folgte schon 1975 die Gründung einer AG Elternarbeit auf Bundesebene, und von dann an gehörten Elternseminare zu allen Bundes- und Norddeutschen Kongressen.

Nachdem Joachim Lohmann 1975 zum 1. Vorsitzenden der Bundes-GGG gewählt worden war, empfahl der Bundeskongress, Bundes- und Länderfunktionen zu trennen.

Als Stadtschulrat in Kiel blieb er der GGG und den Gesamtschulen verbunden und musste sich auch mit den sauren Trauben befassen, z.B. den Zerstörungen und Verschmutzungen der IGF. In einem Kommentar der Kieler Nachrichten vom 8.8.78 durch Kielius, der von vielen Eltern aufgefordert war, sich des Themas anzunehmen, war ein für uns heute köstlicher Seitenhieb nachzulesen: Kielius beschreibt die Schule, wie sie im Vergleich zur Einweihung aussah, *„als der Stadtschulrat im blauen Jeans-Anzug aufkreuzte, derweil der Landtagskandidat Dr. Lohmann sich heute gern des lange verpönten Schlipfes samt Kragen bedient“*.

Ja, so ändern sich die Zeiten, und der Landesvorsitz ging an Bernhard Brackhahn über, Stellvertreterin wurde Christa Lohmann.

Jahrgang 1975

Bernhard Brackhahn war Schulleiter der IGS Neumünster, die sich im Laufe der Zeit trotz aller Anfeindungen viel Anerkennung verschafft hatte. Was an schulbezogenen Themen schon Joachim Lohmann in Angriff genommen hatte, wie die Unterstützung der beiden IGSen im Kampf um die Durchsetzung des Ganztagschulbetriebes und

ihrer Oberstufen, wurde für den Landesverband unter Bernhard Brackhahn nun deutlicher Schwerpunkt. Die GGG wurde zur unterstützenden Kraft für die Lösung aktueller unterrichtspraktischer Probleme, für die die Gesamtschulen im Aufbau keinerlei Vorbilder im eigenen Land hatten. Alle Themen und Probleme, die die Gesamtschulen damals und hinfert beschäftigt haben, erscheinen in den Info-Heften der 70er Jahre als Themen von schulinternen wie schulübergreifenden Arbeitsgruppen, als Angebote von Arbeitsgemeinschaften auf regionaler, überregionaler und Bundesebene: Die innere und äußere Differenzierung, die Wahlpflichtdifferenzierung, Leistungsbewertung und Abschlüsse, Zeugnisgestaltung, Schullaufbahnberatung, Berufsberatung und Hinführung zur Arbeitswelt mit Betriebspraktika, Differenzierung und soziale Organisation, Soziales Lernen, Fördermaßnahmen sowie Schulsozialarbeit und immer wieder die Gestaltung von Freizeitbereich und Ganztagschule.

Zur Analyse von Arbeitsgruppen und wie sie arbeiten, ist in 3/76, S. 19 folgendes nachzulesen:

„Zunächst diskutiert man darüber, wie man am besten verfahren sollte. Nach ca. 1 Stunde fällt die erste gruppensdynamische Bemerkung. Man sei noch kein bisschen vorangekommen, und überhaupt hätten sich immer nur dieselben zu Wort gemeldet.

Über der Suche nach Alibis und Legitimationen kommt man auf die Legitimationskrise des Spätkapitalismus - Grund genug, dass der erste jetzt überhaupt keine Lust mehr hat. Man einigt sich auf Pause. Kein Wunder, dass man nicht weiter gekommen ist, wenn man zwei Stunden ohne Unterbrechung intensiv gearbeitet hat. In der Pause regen sich die informellen Kontakte. Einige Aktive sehen die Chance, anschließend Struktur in die unkonturierte Gruppe zu bringen.

So steht anschließend Konzept gegen Konzept, bis die zweite gruppensdynamische Bemerkung fällt, dass die Gruppe auseinanderbrechen werde, wenn sie keine einheitliche Zielvorstellung entwickle. Der Augenblick ist günstig, um das erste Papier auf den Tisch zu legen...."

Eine etwas andere Sichtweise zur GGG-AG-Arbeit lautet:

- | | |
|------------------------------|---------------------------|
| „ - Vorbereitung: | Paper |
| - Zielsetzung: | Paper |
| - Interessen der Teilnehmer: | Selbstdarstellung |
| - Rolle des Leiters: | bessere Selbstdarstellung |
| - Ergebnisse: | Paper |
| - künftige Arbeit: | besseres Paper“ |

Sind das nur Erinnerungen an frühere Zeiten?

Die Zusammenarbeit der Schulen im Lande, wobei Bernhard Brackhahn auf die Kooperation mit den Kooperativen Gesamtschulen immer großen Wert gelegt hatte, war wichtig als Forum für Erfahrungsaustausch und größeren Ideenreichtum. Genauso wichtig war die Ausweitung auf die norddeutschen Länder und den Bund, denn einige - die SPD-geführten Länder - waren immer ein Stück weiter. Wir konnten uns dort Anregungen holen und brauchten für die in Schleswig-Holstein besonders harte bildungspolitische Situation auch die Solidarität der anderen.

Diesbezüglich hatte Bernhard Brackhahn vor Ort viel Kraft in den Kampf gegen die „Schüler-Union-Neumünster“ (SUN) zu stecken, die sich rechtzeitig vor der Bundestagswahl 1976 „Mit Besorgnis und Befremden“ an den obersten Dienstherren und die Öffentlichkeit wandte, um folgende Missstände anzuprangern:

- „1. Flugblätter der SPD liegen im Geschäftszimmer der IGS und müssen von der SUN sichergestellt werden. (Diese Flugblätter enthielten eine CDU-Wahlanzeige zum Thema „Sozialistische Einheitsschule“ ..., Anm. Ch.L.)*
- 2. Im Weltkundeunterricht werden Flugblätter der CDU und der anderen demokratischen Parteien vermisst. ((Das benutzte SPD-Flugblatt war Teil einer Unterrichtseinheit, abgestimmt mit der wiss. Begleitung, vom KM genehmigt und zum dritten Mal durchgeführt, Anm. Ch.L.))*
- 3. 'Zumindest in einer Gruppe' wurden die Schüler nicht darauf hingewiesen, daß sie keine Häuser besetzen dürfen...." und so weiter, und so fort.*

In die Zeit von Bernhard Brackhahn fällt schließlich noch der Beginn von Schüleraktivitäten, die von dem Wunsch nach Mitbestimmung getragen wurden. Sie erreichten erstmalig die Einrichtung einer AG auf Bundesebene, nachdem von Elmshorn die Gründung eines Arbeitskreises mit überregionalen Initiativen ausgegangen war, wie überhaupt die KGSE sich stets aktiv und konstruktiv in die GGG-Arbeit eingebracht hatte - sie stellt noch heute den Schatzmeister bzw. Revisor - , während sich die Kooperative Gesamtschule Flensburg-Adelby eher distanziert verhielt. Saure Trauben in Flensburg? Die Integrierte Gesamtschule in Flensburg dafür als Spätlese oder Eiswein?

Jahrgang 1977

Die Unvereinbarkeit seiner Aufgaben als Schulleiter und als Vorsitzender eines politischen Gremiums ließ Bernhard Brackhahn nach zwei Jahren zurücktreten. Aufgrund der kurzen Personaldecke - schon damals - hinterließ er einen Rumpfvorstand- Niemand war bereit, für den Vorsitz zu kandidieren. So übernahm die stellvertretende Vorsitzende, Christa Lohmann, die Geschäfte bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung. An Aufgaben wurden dem Rumpfvorstand mit

auf den Weg gegeben: der aufkeimenden resignativen Tendenz entgegen zu wirken, die Werbung für Gesamtschulen und GGG-Mitglieder zu intensivieren, die Schüleraktivitäten weiter zu verfolgen und die Eltern der abgebenden Grundschulen gezielt anzusprechen.

Außerdem war auf der MV vom 21.4.77 von einigen Mitgliedern eine stärkere politische Argumentation des LV vermisst worden. Im Gegensatz zur Bundes-GGG drohe er a) einem 'Verein zum Verständnis alltäglicher Probleme' zu werden, eine Position, die der BV nicht teilte. In seiner übergeordneten Funktion und mit salomonischer Weisheit ließ er verlauten, dass sich die stark praxisbezogenen Diskussionsthemen der Seminare bewährt hätten, die politische Komponente aber nicht vernachlässigt werden dürfe!

Seit der MV vom September 1977 gab es dann wieder einen kompletten Vorstand mit Christa Lohmann als Vorsitzender und Sönke Boysen als Stellvertreter.

Mein eigener Schwerpunkt lag - in einem frühen Vorgriff auf mein späteres Tätigkeitsfeld in einem Institut für die Praxis und Theorie der Schule - durchaus in einer Mischung von theoretisch-wissenschaftlichen und konzeptionellen Interessen sowie handfester praktischer Arbeit für den Landesverband.

Die wissenschaftliche Begleitung

Die bundes- und landesweiten wissenschaftlichen Begleituntersuchungen hatten zunächst dazu geführt, dass alle Bundesländer sich an dem Versuchsprogramm Gesamtschule beteiligten, weil dafür viel Geld bereitgestellt wurde. Aber es war bald allzu deutlich, dass diese Untersuchungen nicht die spätere generelle Einführung eines integrierten Schulsystems vorbereiten sollten, sondern dass sie die Instrumente zu ihrer Ablehnung schärfen sollten. Schon kurz nach Gründung unseres Landesverbandes wurden von der GGG Befürchtungen laut z.B. im Hinblick auf eine gute Zusammenarbeit zwischen IGS-Kollegien und wiss. Begleitung, im Hinblick auf eine den Gesamtschulen gerecht werdende Testentwicklung, „zumal sich die personelle Besetzung von Funktionen für die wissenschaftl. Begleitung verstärkt in das dem Kultusminister direkt unterstellte Institut für die Praxis und Theorie der Schule verlagert,“ (deren damaliger und heutiger Leiter Dr. Dohm heißt).

*„Was ist der Unterschied zwischen dem Kölner Dom
Und dem Kieler Dohm?
Der Kölner Dom ist weit weg.“*

Die Diskussion spitzte sich zu, nachdem die Ergebnisse vorlagen, die Auswertungen vorgenommen wurden und zum Abschluss der Versuchsphase in Schleswig-Holstein eine Novellierung des Schulgesetzes anstand. Auch vor persönlichen Angriffen schreckten die Gegner nicht zurück.

Ende 1976 hatte der LV der Schleswig-Holsteinischen GGG ein öffentliches Seminar zu diesen Forschungsergebnissen durchgeführt, die z.T. später nicht einmal von Kultusminister Bendixen gezeugnet wurden, nämlich die Aussagen über die erhöhte Durchlässigkeit, die geringere Zahl von Jugendlichen ohne Abschlüsse und die deutlich größere Lernfreude. In einem Kommentar der KN vom 6.9.78 schrieb indes ein freier Mitarbeiter:

"Keinen guten Dienst hat die 'Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule' (GGG) der von ihr so lautstark verfochtenen Sache mit ihrer Arbeitstagung am Wochenende in Neumünster geleistet. In ihrem Bemühen, die Gesamtschule als allein glücklich machend darzustellen, vergriff sie sich nicht nur im Ton und im Argument, sondern sie machte auch deutlich, dass sie vor keiner Manipulation zurückschreckt. Unter dem Mäntelchen des Wissenschaftlers - schließlich ist sie wissenschaftliche Assistentin am Institut für Pädagogik der Kieler Universität - versuchte Dr. Christa Lohmann die Überlegenheit der Gesamtschule zu beweisen: An dieser Schule würden Lernfreudigkeit und Interesse bei den Schülern weit mehr als in jeder anderen geweckt, das Verhältnis von Lehrern und Schülern sei bestens. ..."

Diese Berichterstattung führte zu einem sauren Prozess, den ich selbst angestrengt hatte. Der Prozess dauerte über eineinhalb Jahre und endete damit, dass die 4. Zivilkammer des Landgerichts die KN zum Widerruf verurteilten und zur Übernahme der Prozesskosten: Nachzulesen in den KN vom 3. Juni 1978:

" Die Kieler Nachrichten stellen hiermit richtig, dass Frau Dr. Lohmann sich zur Stützung ihrer Aussagen tatsächlich auf insgesamt drei wissenschaftliche Untersuchungen bezogen hat, und zwar einmal auf die Voruntersuchung des Batelle-Instituts mit 43 befragten Schülern und zum anderen auf eine Untersuchung von Fend mit Befragung von 3600 Schülern, 400 Eltern und 600 Schülern, sowie auf die auf 12 Gesamtschulen bezogene Untersuchung von Infratest."

(Beim Schreiben stellt sich erneut das süße Gefühl der Genugtuung ein!)

Die Stabilisierung und Konsolidierung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes musste über den Zuwachs von Mitgliedern und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Kurz nach dem Vorstandswechsel lag der Mitgliederstand bei 139 (Stichtag 1.4.78), davon allein 35 Neuzugänge im letzten Vierteljahr. 1979 konnte der LV 250 Mitglieder ausweisen und stand damit an 4. Stelle der Länder im Zugewinn, 1982 hatte der Verband das selbstgesteckte Ziel von über 300 Mitgliedern erreicht. Trotz akuten Personal- und Zeitmangels gelangen weitere bildungspolitische Aktivitäten, die für die Gesamtschulen in Schleswig-Holstein umso nötiger waren, als die Auseinandersetzungen mit dem KM nichts an

Schärfe und Feindseligkeit verloren hatten. Der GGG gelang in dieser Situation eine aktive und konstruktive Zusammenarbeit mit den Parteien SPD und F.D.P. sowie den Jusos und Judos, mit DGB und DAG, mit GEW-Studenten und mit der Landes-GEW im gemeinsamen Bemühen um die Einrichtung einer Fachgruppe Gesamtschule, die im April 1980 gegründet wurde.

Die intensive öffentliche Diskussion um die offizielle Absicherung der Gesamtschule schwankte zwischen der Furcht, sie könne von der Landesregierung wieder abgeschafft werden, der Forderung der GGG nach ihrer Verankerung als Regelschule im Schulgesetz, versteckten und zweideutigen Anspielungen der Schulaufsicht auf 'eigene' Lösungen und der Hoffnung wachsender Initiativen auf Genehmigung von Neugründungen. Im Zeitraum 1979 / 1980 wuchs die Zahl der Initiativen auf über 13, die sich 1980 zu einer AG der schleswig-holsteinischen Gesamtschulinitiativen zusammenschlossen und von der GGG jede nur mögliche Unterstützung erfuhren. Im Protokoll der MV vom 14.2.1980 heißt es: "An jeder uns bekannt gewordenen Veranstaltung zum Thema Gesamtschule, und zwar im ganzen Land, hat wenigstens 1 Lehrer und / oder Eltern teilgenommen.", sehr oft referierend, immer mitdiskutierend. Zur offensiven Aufklärungsarbeit durch die GGG gehörte ferner ihre Präsenz durch eigene Stände und die Verteilung / Verbreitung von Material. Die GGG hatte ein eigenes Grundsatzpapier „Gesamtschule in Schleswig-Holstein“ erstellt, einen Sonderdruck mit Aktionshinweisen für die Initiativen „Gesamtschule in der bildungspolitischen Diskussion“, und der BV stellte seine Arbeitsmaterialien zur Verfügung, in der alle bis dahin für den Aufbau der Gesamtschule diskutierten Probleme als Themenhefte verfügbar waren.

Auf der eben erwähnten Mitgliederversammlung der GGG von 1980 wurde ein neuer Vorstand mit der Bestätigung der 1. Vorsitzenden gewählt, als neuer Stellvertreter zog Bernhard Brackhahn wieder ein, derweil sich Sönke Boysen vorübergehend von der offiziellen GGG-Arbeit verabschiedete, damit beide Integrierten Gesamtschulen im Vorstand vertreten sein konnten.

Das alte Vorhaben, auch im internen Service mit der Herausgabe von 4 Infos im Jahr noch besser zu werden, war eine der Trauben, die für uns zu hoch hingen.

Stattdessen erklärten wir die Forderung nach gesamtschulspezifischer Ausbildung zu einem der langfristigen Ziele der Gesamtschulentwicklung und knüpften in früher Vorwegnahme die weitere Konsolidierung der Gesamtschule an gesamtschulinterne Lehrerfortbildung und Elternarbeit. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hatte schon Ende der 70er Jahre auf eine Kleine Anfrage der SPD erklärt, dass es keine „eigens auf das System der Gesamtschule abgestellte Lehrerbildung“ geben würde und dass das IPTS „seit einigen Jahren Fortbildungsveranstaltungen speziell für Lehrer der Versuchsschulen“ durchführte. (Das waren die vielen von uns noch gekannten GFTs: Gemeinsamer Fortbildungstag für alle Gesamtschulen) . Ersatzmaßnahmen, so berichtet die GGG,

sind Seminare des Landesverbandes, einige Angebote der damaligen P.H. und des Instituts für Pädagogik an der Universität.

Dass das IPTS einmal ein Landesseminar für Gesamtschulen gründen würde, hat damals noch niemand geahnt.

Jahrgang 1982

Mit der Wahl von Christa Lohmann zur Bundesvorsitzenden im Jahr 1982 ging der Landesvorsitz zum 2. Male an Bernard Brackhahn über und Sönke Boysen wurde zum 2. Male Stellvertreter. Die Landes-GGG als 'Großfamilienbetrieb'?

Im Jahr '82 wurde in einer mehr als hitzigen Landtagsdebatte das offizielle Ende der Gesamtschulversuche verkündet. Die Schulen wurden zu Angebotsschulen erklärt, die sich unter Normalbedingungen bewähren sollten. Jede weitere Neugründung war damit ausgeschlossen, ein Elternecht auf Gesamtschule gab es nicht. Alle weiteren die Gesamtschulen in Schleswig-Holstein betreffenden Gesetze, Erlasse und Verordnungen waren frustrierend und leiteten eine Essigsäure-Trauben-Zeit ein: der schleswig-holsteinische Unterrichtserlass von '82 löste eine GGG-interne und Schul-Diskussion aus über Durchlässigkeit, den Umfang der Stundentafel und die Förderstunden, die Frage nach differenziertem oder undifferenziertem Unterricht in den Naturwissenschaften und über die Arbeitszeit der Lehrkräfte, die sich letztendlich nach der Schulartzugehörigkeit zu richten hatte. Hinzu kam die KMK-Vereinbarung zur gegenseitigen Anerkennung der Abschlüsse, die die äußere Differenzierung festklopfte.

Bernhard Brackhahn schrieb zu dieser Entwicklung im Info 18 / 1982:

„- Durch die Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrer wird die erfolgreiche Erziehungsarbeit eingeschränkt.

- Durch die Verringerung der Förderstunden wird der Schulerfolg gefährdet.

- Durch mehr Differenzierung wird die Durchlässigkeit zu höheren Schulabschlüssen begrenzt.“ (S. 5)

Angesichts dieser desolaten Situation - alle Hoffnungen auf Neugründungen begraben und mit ihnen die vielen Initiativen - bemüht sich der LV der GGG vorrangig darum, die Gesamtschulen wenigstens im (öffentlichen) Bewusstsein zu halten und Fragen der inneren Schulreform aufzuarbeiten. Und wieder wird das Problem der knappen Personal- und Finanzmittel thematisiert.

Im Nachhinein ist darin wohl der Schlüssel für das Ausbleiben von GGG-Infos in den Jahren 1984 - 1988 zu finden. Trotz vieler Bemühungen von vielen Seiten ist aus jener Zeit kein Heft aufzutreiben, mit anderen Worten: im GGG-Weinberg herrscht vorübergehend Dürre. Und wie nach einem warmen Regen bringt der Regierungswechsel in Schleswig-Holstein 1989 plötzlich ein ungeahnt üppiges Wachstum hervor.

Jahrgang 1989

Die MV des Landesverbandes wählt am 4.7.89 Sönke Boysen, der schon seit 1 Jahr die Leitung übernommen hatte, zum 1. Vorsitzenden und Christoph Bauer zum Stellvertreter. Dass zwei Elternvertreterinnen, später sogar drei, dem Vorstand angehören, ist Programm. Sie gewinnen zusätzlich Gewicht und organisieren selbständig zwei Elternseminare pro Jahr. Im Vorstand sitzt auch ein Vertreter der Initiativen, und die GGG gründet in Pinneberg und Norderstedt zwei Regionalverbände.

Die Nachrichten überschlagen sich jetzt: 3 Gesamtschulneugründungen und Fortbildung für deren Lehrkräfte, 9 dem Ministerium für das Schuljahr 1990/91 vorgelegte Anträge und insgesamt 16 aktive Initiativen. Im März 1990 erklärt eine Novelle zum Schulgesetz die Gesamtschule zur Regelschule. Im Info von '89 schreibt der Vorsitzende: *„Es gibt jetzt also nicht nur über das Thema Gesamtschule zu berichten, es gibt auch etwas zu tun.“* (S. 5)

Die GGG in Schleswig-Holstein definiert ihren Informationsdienst jetzt als Kommunikationsangebot zwischen den 'alten' und den neuen Schulen sowie den Initiativen. Sie informiert über Vorhaben im Ministerium, berichtet aus den neuen Schulen, z. B. über die Weiterentwicklung des naturwissenschaftlichen Unterrichts zum Integrationsprojekt PING oder über neue Pädagogische Konzeptionen. Angesichts der Fülle neuer Aufgaben und Möglichkeiten fordert sie vom Ministerium die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft oder zumindest einer Vertretung der Gesamtschulen im Ministerium, damit für alle Entscheidungen der Sachverstand der Experten eingebracht werden kann. Sönke Boysen und Christoph Bauer fahren im März '91 sogar bis nach Bonn, um dort die Ministerin Tidick auf aktuelle Probleme hin anzusprechen.

Gleichzeitig wird der Landesverband durch die Wende gefordert und stellt sich dieser Aufgabe nach Kräften. Er leistet Nachbarschaftshilfe bei der Gründung eines GGG-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin, veranstaltet 'drüben' Elterninformationen und hilft beim Gesamtschultag in Magdeburg. Auch die Initiativen werden erneut bei ihrer Arbeit unterstützt.

Insgesamt sind die Jahre nach 1989 aktionsreiche GGG-Jahre: 1990 holt der Landesvorstand den Bundeskongress nach Kiel, der auch viele Gäste aus den neuen Ländern anlockt, bis 1995 findet jährlich - an wechselnden Schulstandorten - ein Gesamtschultag statt, der in Zusammenarbeit von GGG und GEW gestaltet wird, ein Norddeutscher Kongress wird wieder in Schleswig-Holstein ausgerichtet und selbst die Studienreise einer GGG-Delegation nach Budapest gehört in das Landesvorstandsprogramm.

Da die schleswig-holsteinische GGG vom neuen Bildungsministerium in den Kreis der anhörungsberechtigten Verbände aufgenommen wird, häufen sich die

Stellungnahmen zu neuen Verordnungen, mit denen das Land den Reformstau abzarbeiten sich beeilt: Entwurf einer Orientierungsstufenordnung, einer Hauptschulordnung, einer Verordnung zur Änderung der Berichtszeugnisse in den Klassenstufen 3 und 4 der Grundschule u.a.m. Im Zuge der Anpassung alter Erlasse und Verordnungen brechen intern heftige Diskussionen zwischen 'alten' und neuen Gesamtschulen auf, für die die Landes-GGG oft die Plattform darstellt. Es wird für und wider die gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder gefochten, es wird für und wider die Ausweitung innerer Differenzierung gefochten, es wird aber auch - weit vorausschauend - für die Flexibilisierung der Stundentafel und die Akzeptanz eines pädagogischen Schulprofils gekämpft.

Derweilen werden 'alte' GGGler und GGGlerinnen mit neuen Aufbauarbeiten betraut: Bernhard Brackhahn wird Gesamtschulreferent im Ministerium, Christa Lohmann für Gesamtschulfortbildung ans IPTS versetzt.

Noch ist Zeit der Ernte, aber was auf-gelesen wird, sind nicht mehr nur beste Trauben. Der Vorstand muss feststellen, dass es bei der SPD, speziell ihrer Arbeitsgemeinschaft für Bildung, ernste Probleme mit der Positionsbestimmung zur Gesamtschule gibt, und so mag die AfB nicht mehr mit den konsequenten Forderungen der GGG überein gehen, schließlich wäre das Arbeit gegen die eigene Regierung. Der Landesvorstand verfasst deshalb 1992 eigene Wahlprüfsteine und setzt sich mit der Gesamtschulverordnung, dem Gesamtschulerlass und den Schüleraufnahmen auseinander, massiv von aktiven GGG-Eltern - vor allem aus Elmshorn - unterstützt. Die Auseinandersetzung wird scharf nach der sog. Nacht- und Nebelaktion zur Erhöhung der Klassenfrequenzen und der Ankündigung weiterer Sparmaßnahmen seitens der Landesregierung. Umso mehr bemüht sich der Landesvorstand um Kontakte und Gespräche mit den (bildungs)politischen Größen, schreibt Briefe an die Ministerin und führt 1993 in Eckernförde eine gelungene kommunalpolitische Fachtagung durch, deren Fortsetzung leider noch aussteht!

Jahrgang 1995

Sönke Boysen bleibt für eine weitere Amtszeit Vorsitzender - wir sind im Jahr 1995 -, der Stellvertreterposten wird von Christoph Bauer weitergegeben an Dieter Zielinski, der im Weinberg zu klettern beginnt; denn 1997 wird er zum Vorsitzenden gewählt und nimmt mit dieser Jubiläumsfeier seine erste Hürde mit Bravour.

Die bildungspolitische Situation spitzt sich für die GGG zu, nachdem abzusehen ist, dass so bald keine weiteren Gesamtschulen eingerichtet werden und dass die Finanzsituation des Landes auch vor drastischen Einsparungen im Bildungsbereich einschl. der Gesamtschulen nicht zurückschrecken wird. In diesem Zusammenhang taucht auch Joachim Lohmann wieder in der GGG auf, eher im Dunstkreis diesmal,

weil er als Finanzstaatssekretär die Maßnahmen der Landesregierung zu vertreten hat und für die GGG nur saure Trauben in der Kiepe hat.

Die Situation spitzt sich auch inhaltlich zu, weil mit dem Wirbel um die TIMS-Studie und dem KMK-Beschluss zu erneuter Leistungsmessung und Vergleichstests üble Erinnerungen an die Zeiten der wissenschaftlichen Vergleichsuntersuchungen lebendig werden. Die GGG - hoch aktuell - gestaltet die MV 1997 als Informationsveranstaltung zu diesem Thema, weil sie zusammen mit den Gesamtschulen wieder befürchten muss, dass die Ziele, für die wir pädagogisch angetreten sind, aus dem Blick geraten könnten; denn noch ist in der Öffentlichkeit nicht deutlich, dass die neuen KMK-Initiativen auch zu einem bundesweiten Entwicklungsprogramm führen könnten, das gesamtschuldidaktische Züge trägt. In einer Presseerklärung über einen Besuch des Vorstandes bei der Bildungsstaatssekretärin ist dazu nachzulesen:

„Die GGG will ... für eine Schule der Vielfalt eintreten, in der aus der großen Verschiedenartigkeit der Individuen die Basis für Solidarität und Toleranz in der Gesellschaft geschaffen wird.“ (Info 1997, S. 2-9)

Das einzige, was in der GGG-Arbeit der letzten Jahre gelitten hat und von Mitgliedern auch bemängelt wird, ist die interne Verbandsarbeit - die Arbeit am unerlässlich nötigen Selbsterhalt. Mitgliederschwund ist ein Phänomen aller Landesverbände aus den Jahren der Gesamtschulexpansion. Offensichtlich hat der politische Rückenwind, der die Neugründungen getragen hat, nicht das politische Bewusstsein geschaffen (das vom KN-Stahl noch tüchtig gestählt wurde), mit dem die 'alten' Gesamtschulen ihren Überlebenskampf geführt haben. Dabei hat sich nichts an der Begründung für die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule geändert, dass nur sie der konsequente Anwalt der Gesamtschulen ist.

Christa Lohmann, Kiel

September 1998

